Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Neubert. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 25.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Durch die Post bezogen und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 140 Pfg., sonst 200 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Undeutlichkeit kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 261. Mittwoch, den 10. November 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Nach einer Meldung aus Brüssel wird die für die Wiedergutmachungsfrage vorgesehene Sachverständigenkonferenz am 20. November die erste Sitzung in Brüssel abhalten.

•

Die Botschafterkonferenz hat auf französische Forderung hin beschlossen, die Vernichtung der Wesselmotoren nicht zu verlangen.

•

Der Moskauer Iswestija zufolge ließ das Moskauer Revolutionstribunal 1150 Personen, die im Zusammenhang mit den letzten Unruhen standen, erschießen.

•

Nach Chicago Tribune beabsichtigt die englische Regierung, die vollständige Blockade über Irland zu verhängen. Durch Unterbindung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehrs hofft sie die Aufstände dortselbst in Kürze niederzuschlagen.

•

Georgien hat der Türkei ein Ultimatum gestellt, das die Räumung von Urdagan und Artwin verlangt. Die Georgischen Truppen werden in Batum konzentriert, wo man den Vorstoß der Türken erwartet.

Die Not der Rheinlande.

Aus Berlin wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Die Interpellation im Reichstage über die besetzten Gebiete des Westens macht noch ein Nachwort nötig. Es ist, wie Pfarrer Korell treffend ausführte, eine Angelegenheit, in der sämtliche Parteien einig sein müssen und sämtliche Parteien auch einig sind. Denn die Not des Rheinlandes ist eine Not, die uns alle gemeinsam angeht und an der wir alle gemeinsam tragen müssen. Was der Pfarrer Korell und was nach ihm der Reichsminister des Innern im Reichstag ausführten, das hat in überzeugender Weise gezeigt, wie groß die Not eigentlich ist, von der wir uns, die wir den Druck der Besetzung nicht spüren, immer noch keinen Begriff machen können. Pfarrer Korell hat herzzerreißende Töne gefunden, als er von dem Leben der Uneinheit sprach. Es ist verfehlt, immer wieder auf die vergeblichen Abspliitterungsversuche, auf die separatistischen Bestrebungen im Rheinland hinzuweisen. Die Leute um Dorten bilden nur ein winzig kleines Gruppchen. Die Treue der Rheinländer zum Deutschtum ist über allem Zweifel erhaben, und für diese Treue hat der Minister Koch auch ein Zeugnis abgelegt. Wir brauchen keine großaufgezogene Propaganda im Rheinland, denn die beste Propaganda für das Deutschtum besorgen die Franzosen. Es braucht auch nicht mehr auf alle einzelnen Fälle eingegangen zu werden, auf alle die Uebergriffe, die von den Besatzungstruppen verübt worden sind. Schlimmer als das, ist das Sysiphus, das heute im Rheinland herrscht und das jeden der sonst so frohen Rheinländer unfroh macht. In der Antwortnote der Entente bezüglich des Rheinlandabkommens sind zwar viele und große Worte gesprochen worden. Es ist gesagt worden, daß man die rheinische Bevölkerung mit Verständnis behandeln wolle. Davon ist aber bisher wenig gespürt worden. Immer wieder muß auf die Ungerechtigkeiten hingewiesen werden, die einen Bruch des Rheinlandabkommens selbst darstellen. Nach diesem Abkommen sollte die Besatzung nur 70000 Mann betragen. Sie beträgt aber tatsächlich mehr als 150000 Mann, von denen fast 90 000 Franzosen sind und von diesen besteht der größte Teil aus farbigen Franzosen, die besonders gefürchtet sind. Nachdem die Franzosen erkannt haben, daß ihre Abspliitterungsversuche erfolglos bleiben werden, versuchen sie es nunmehr mit allerlei Mitteln, um die friedliche Durchdringung des deutschen Gebietes zu erreichen. Sie wollen das Rheinland nunmehr wirtschaftlich erobern. Und wir erfahren dazu, daß in Paris eine große Lichtbild-Genossenschaft gegründet worden ist, die besonders im besetzten Rheinland ihre Tätigkeit entfalten soll. Minister Simons hat die hohen Kosten erwähnt, die wir überhaupt nicht tragen können. Er hat auch davon gesprochen, daß die Frage der Besetzung in Genf mit behandelt werden muß. Wir wollen hoffen, daß das geschieht. In den nächsten Tagen werden sich der Reichskanzler und der Außenminister selbst an den Rhein begeben und ihre Ueberzeugung wird an Ort und Stelle dann noch gefestigt werden, daß nämlich heute noch der Rhein der deutscheste Strom ist, und daß das geschehen muß, um der Not der Rheinlande zu steuern.

Der Gesetzentwurf zum Reichsnotopfer.

Schon vor Wochen waren wir in der Lage, die bevorstehende beschleunigte Veranlagung des Reichsnotopfers anzukündigen. Jetzt ist die Reichstagsvorlage ausgearbeitet. Danach soll im Februar und August 1921 in zwei Raten mindestens ein Drittel dessen, was der Veranlagungspflichtige angegeben hat, ohne weitere Prüfung eingezogen werden. Die spätere Untersuchung und endgültige Veranlagung bleibt vorbehalten. Wenn besonders schwierige Verhältnisse vorliegen, sieht die Reichstagsvorlage Erleichterungen vor, aber grundsätzlich wird mit der Zahlung in 30 Jahresraten aufgeräumt.

Ausführlich wird hierzu gemeldet: Der dem Reichstag zugegangene neue Gesetzentwurf über eine beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers sieht folgende Regelung vor: Das Reichsnotopfer soll, soweit es 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens nicht übersteigt, mindestens aber bis zu einem Drittel der Abgabe, in zwei gleichen Teilzahlungen am 1. Februar und am 1. August 1921 entrichtet werden, d. h. also, daß in den Fällen, wo das Reichsnotopfer einen höheren Betrag als 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens ausmacht, die jetzige beschleunigte Erhebung eine Summe umfassen soll, die mindestens bis zu einem Drittel der Gesamtabgabe beträgt. In besonderen Fällen, wo durch die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers die Gefahr der Einstellung der Betriebe oder der Beeinträchtigung des Unterhalts der Familie besteht, trifft das Gesetz besondere Erleichterungen, die dann eintreten sollen, wenn die Gründe glaubhaft gemacht werden. Sofern der Entwurf Gesetz wird, d. h. sobald er die Zustimmung des Reichsrates und des Reichstages erhalten hat, ist damit zu rechnen, daß die Veranlagung in allen Bezirken noch bis zum Ende des Jahres erfolgt sein wird. Der leitende Gesichtspunkt bei der Einbringung des Gesetzentwurfes ist der, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß der Reichskasse möglichst bald in verstärktem Maße weitere Steuereinnahmen zufließen. Man betrachtet die gegenwärtigen Verhältnisse als für die Einziehung der Reichsnotopferbeträge sehr günstig, da sie wesentlich anders liegen, als seinerzeit bei der Einbringung des ersten Gesetzentwurfes über das Reichsnotopfer am 31. Dezember 1919. Man rechnet mit dem Vorhandensein eines erheblichen Ueberschußkapitals bei den einzelnen Abgabepflichtigen. Eine Schätzung der Höhe des Aufkommens begegnet außerordentlichen Schwierigkeiten. Eine Vermögensstatistik steht nicht zur Verfügung, und auch die Wehrbeitragsstatistik gibt wegen der gänzlich veränderten Verhältnisse eine nur unzulängliche Unterlage.

Unsere Ernährung.

Der Hauptausschuß des Reichstages hat den ganzen gestrigen Dienstag der Ernährungsfrage gewidmet. Wenn man die stundenlange Rede des Ministers Hermes und die Debatte hierzu in wenigen Zeilen zusammenfassen soll, so ergibt sich folgendes: Die Aufhebung der Zwangswirtschaft auf einigen Gebieten des Nahrungsmarktes hat sich bewährt. So sind jetzt erheblich mehr Kartoffeln, Oelfrüchte und Zuckerrüben angebaut. Unter der für Getreide bestehenden Zwangswirtschaft läßt die Ablieferung sehr zu wünschen übrig. Für Schwarzmahlen und Verschiebungen ins Ausland sollen demnächst besonders harte Strafen bis Zuchthaus festgesetzt werden. Immerhin ist unsere Brotversorgung zunächst bis zum 15. März kommenden Jahres bereits gesichert. Für den weiteren Bedarf müssen weitere Ablieferungen aus dem Inlande und die Auslandszufuhr herhalten. In der Debatte, in der von der äußersten Linken gegen die freie Wirtschaft und gegen die Landwirte polemisiert wurde, hob der Deutschnationale Dr. Nöllche hervor, daß an dem Fehlbetrag an der Ablieferung 1. die diesmal nicht hervorragende Ernte schuld sei und 2. der Kohlenmangel auf dem Lande, der dazu geführt habe, daß beispielsweise in Ostpreußen heute noch vorjähriges Getreide unausgedroschen liege. Unsere Fleischversorgung erregt bei dem Minister Hermes keine Sorge. Er glaubt an eine Vermehrung der Schweinemast, sobald den Landwirten genügend billiger Mais zur Verfügung gestellt würde und dann auch an eine Verbilligung des Fleischpreises selbst. Bei der Oel- und Fettbewirtschaftung habe das Reich 58, nicht 350 Millionen eingesetzt. Unsere Stickstofflager seien gestillt, die Aecker aber leer. Man werde Stickstoff zu teuren Preisen ins Ausland auszuführen versuchen, um diese Düngemittel auch an inländische Landwirte dann billiger abgeben zu können. Von verschiedenen Mitgliedern des Hauptausschusses wurde im übrigen versichert, daß zwar im Plenum noch ein Sturm auf den Ernährungsminister zu erwarten, im übrigen der Fall Hermes aber abgetan sei. Von einem Rücktritt ist nicht mehr die Rede.

Keine Fleischkarten.

Vom Rhein war gemeldet worden, daß die Reichsregierung an die Wiedereinführung der Fleischkarte denke, um der gegenwärtigen Massenabschlachtung zu steuern. Es ist richtig, daß im Monat des Aufhörens der Rationierung die Fleischerläden in ganz Deutschland auf einmal voll lagen, aber geschlachtet worden ist kaum mehr, als vorher in der Aera des Schleichhandels. Im Herbst, wenn die Wiesenfütterung aufhört, wird stets in größerem Maßstabe geschlachtet. Da die Landwirte nicht genügend Mais und sonstiges Winterfutter besitzen, können sie gar nicht sämtliches Vieh durchhalten. Auch die Wiedereinführung der Fleischkarte würde daran nichts ändern. In der Tat hören wir denn auch an zuständiger Stelle, daß die Behörden nicht daran denken, die Zwangswirtschaft für Fleisch erneut anzuordnen.

Kleine politische Meldungen.

Einigung über die Sozialisierung des Bergbaues? Wie der Düsseldorfer Korrespondent des Berl. Lokal-Anz. aus zuverlässiger Quelle aus dem Ruhrrevier hört, ist es dem von dem Reichswirtschaftsamt eingesetzten Unterausschuß für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, der in der vorigen Woche mehrere Tage lang in Essen über die Frage beraten hat, gelungen, zu einem Einigungsvorschlag zu kommen. In diesem Unterausschuß sahen drei Unternehmer, an ihrer Spitze Hugo Stinnes, und drei Bergarbeiter, von denen zwei Sozialisten sind und einer dem Christlichen Bergarbeiterverband angehört (Imbusch). Wenn diese Nachricht sich bewahrheitet, würde die Lösung dieser Lebensfrage für die gesamte deutsche Volkswirtschaft um ein großes Stück nähergerückt sein. Am Mittwoch wird in Berlin der vereinigte Kohlenausschuß des Reichswirtschaftsrats und des Reichskohlenrats zusammentreten, um den Einigungsvorschlag des Unterausschusses entgegenzunehmen.

Die Reichsregierung zur schwarzen Schmach. Die Reichsregierung hat alle Mittel versucht, um Frankreich zu veranlassen, seine schwarzen Truppen aus den besetzten Gebieten zu entfernen. Wie verlautet, will die Reichsregierung jetzt einen neuen Schritt an den Völkerbund unternehmen, da Frankreich sich deutsche Wünsche über französische militärische Maßnahmen ebenso strikt verbittet wie die Nachprüfung überreichter Rechnungen im besetzten Gebiet. Es verlautet sogar, Frankreich wolle die Zahl der schwarzen Truppen vermehren.

Das sabotierte Spa-Abkommen. Im Nationalrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) erklärte der aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrte Gewerkschaftsführer Jouhaux, die Delegation habe feststellen können, daß die in Spa übernommene Verpflichtung, die Ernährung der Bergarbeiter zu verbessern, nicht gehalten worden sei. Die Delegation der Gewerkschaftsinternationale vertrete die Ansicht, daß eine eventuelle Besetzung des Ruhrgebietes durch Truppen der Entente durch nichts gerechtfertigt wäre.

Der politische Tod Erzbergers. Aus Zentrumskreisen werden die Gerüchte bestätigt, daß die Zentrumsfraktion ein politisches Auftreten Erzbergers im Reichstage unter allen Umständen verhindern werde, nachdem Erzberger es abgelehnt habe, bis zur Klärung seiner Steueraffären sein Mandat niederzulegen. Erzberger hat sich letzthin in der Fraktion unbeliebt gemacht, daß sein gesellschaftlicher Ausschluß in Erwägung gezogen worden sei. Vorläufig sei erreicht, daß Erzberger politisch kaum hervortreten werde.

Die Regierungsbildung in Thüringen. Die Bildung einer Koalitionsregierung von Thüringen auf breiter Grundlage ist gescheitert. Nunmehr wird der Gedanke einer Mehrheitsregierung aus Beamten, Demokraten und Sozialdemokraten erörtert. Die Entscheidung fällt in der auf morgen einberufenen Sitzung des Landtages mit der Tagesordnung: Wahl der Regierung.

Das Inkrafttreten der Danziger Verfassung. Der Oberkommissar hat ein Telegramm von der Botschafterkonferenz erhalten, wonach die Verfassung der freien Stadt und des Gebietes von Danzig am 15. November in Kraft treten wird und die gegenwärtige Alliiertenverwaltung vorläufig bestehen bleibt.

Frankreich gegen die Bolschewisten im Ruhrgebiet. Die Havasagentur meldet, daß gegen die Aufenthaltsbewilligung der russischen Kommunisten im Ruhrgebiete durch die deutsche Regierung ein Einspruch Frankreichs nach Berlin abgegangen ist, weil die russisch-bolschewistische Agitation die Erfüllung des Versailler Vertrages gefährde. Der Einspruch Frankreichs gründe sich auf Berichte der Berliner Ententekommission.

Russischer Geheimvertrag mit den deutschen Kommunisten. Die Morning Post meldet durch Funkspruch aus Moskau: Laut der Moskauer Prawda habe der große Sowjet in seiner Sitzung am 4. November einen politischen und militärischen Geheimvertrag mit der Deutschen Kommunistischen Partei einstimmig angenommen.

Schweizerische Aufenthaltsbeschränkungen für Linksradikale. Den Delegierten der internationalen Berner Konferenz der revolutionären sozialdemokratischen Parteien, die für den Eintritt in die 3. Internationale sind, jedoch die 21 Bedingungen ablehnen, wird der Aufenthalt in der Schweiz nur für vier Tage gestattet mit der Verpflichtung, daß sie außerhalb der Konferenz keine politische Propaganda treiben.

Zur Stimmzettelverteilung bei den kommenden Landtagswahlen.

Die Stimmzettel bei den Wahlen rechtzeitig an die Wähler heranzubringen, war für die politischen Parteien bisher eine der schwierigsten und auch kostspieligsten Aufgaben. Namentlich die Parteien, die weder über eine lückenlose Organisation noch über große finanzielle Mittel verfügten, waren hierbei außerordentlich im Nachteil. Das Wahlgesetz für den Reichstag bietet bereits eine Handhabe, um den Parteien die Verbreitung der Stimmzettel zu erleichtern. Es besteht die Möglichkeit, den Wahlvorstehern der einzelnen Wahlbezirke die Stimmzettel zum Auslegen vor dem Wahlraume zu übergeben. Die neue Landeswahlordnung für das Landtags-Wahlgesetz vom 4. September 1920 geht weiter. Ihre Bestimmungen sind zwingender und bieten weitgehende Sicherungen. Der fragliche Paragraph der Landeswahlordnung lautet folgendermaßen:

Den Parteien steht es frei, den Gemeindebehörden — für die Landgemeinden, die nicht unter die Sondervorschriften für größere Landgemeinden fallen, den Amtshauptmannschaften — Stimmzettel zur Verteilung an die Wahlvorsteher zu übergeben. Die Gemeindebehörden und Amtshauptmannschaften haben die Stimmzettel unter Berücksichtigung der Wählerzahl der einzelnen Wahlbezirke an die Wahlvorsteher zu verteilen. Die Wahlvorsteher haben die Stimmzettel im Wahlraume oder am Eingange zum Wahlraume oder davor so auszulegen, daß sie von den Wählern entnommen werden